

---

1 **Antrag (Nr. 6): Keine Müllverbrennungsanlage im Rhein-Neckar-Kreis.**

2 **Antragsteller:** SPD-Ortsverein Dossenheim

3 **Empfänger:** SPD-Kreistagsfraktion

4 **Antrag:**

5 Die SPD Rhein-Neckar lehnt den Bau einer Müllverbrennungsanlage im Rhein-  
6 Neckar-Kreis ab. Stattdessen soll mit der MVV einen für beiden Seiten fairen  
7 Interessensausgleich herbeigeführt werden.

8

9 **Begründung:**

10 Es wäre fatal für unsere gerade anerkannte "Europäische Metropolregion Rhein-Neckar" bzw. für  
11 den "Verband Region Rhein-Neckar", wenn es nicht möglich wäre, in dieser Frage eine für alle  
12 Beteiligten annehmbare und akzeptable Übereinkunft zu erzielen und dadurch auch eine wichtige  
13 Grundlage für die notwendige und insbesondere von unserer Bevölkerung und der Wirtschaft  
14 unseres Raumes zu Recht erwartete enge Zusammenarbeit auf einer breiten Basis zu legen.  
15 Vordergründig wird mit Kostensenkungen, Gewerbesteuererinnahmen, Arbeitsplätzen und Ökologie  
16 (Biomasse-Kraftwerk) argumentiert, tatsächlich geht es um eine stärkere Marktorientierung der AVR  
17 mit allen Chancen (Gewinne) und Risiken (Verluste, Serviceverschlechterungen). Grundbedürfnisse  
18 der Bürgerinnen und Bürger, in diesem Fall die Abfallentsorgung werden dem Spiel des freien  
19 Marktes ausgesetzt.

20 Nach dem Bau der kreiseigenen Verbrennungsanlage würden zwei Unternehmen im Rhein-Neckar-  
21 Raum um Müllmengen konkurrieren. Beide Anlagen können lediglich mit der Verbrennung ihres  
22 eigenen Mülls nicht wirtschaftlich arbeiten. Sie werden also fremden Müll zukaufen müssen. Sie  
23 werden sich gegenseitig unterbieten und ihre freien Kapazitäten über Dumpingpreise verhöckern.  
24 Die AVR würde sich dann mit den gleichen Diskussionen auseinandersetzen müssen, wie jetzt schon  
25 die MVV: hohe Müllgebühren für die „eigenen Bürger“, niedrige für den zugekauften Müll  
26 (Heilbronn, Karlsruhe bei der MVV). Die Druckmittel, die man jetzt gegen die MVV einsetzt, werden  
27 sich dann auch gegen die AVR wenden! Die Lasten der „neoliberalen Müllverbrennung“ im Rhein-  
28 Neckar-Raum werden letztendlich die Bürgerinnen und Bürger und die Arbeitnehmer bei MVV und  
29 AVR tragen.

30 Es sei daran erinnert, dass es keinen SPD-Parteitagbeschluss gibt, der die SPD-Bundestagsfraktion  
31 zur Mitwirkung an einer Bahnprivatisierung ermächtigt hätte.

32 **Eingang:** 13.11.2006 und somit nicht fristgerecht - Der Kreisparteitag wird gebeten,  
33 über die Behandlung abzustimmen.